



öffentlich

Betreff:
Vorgänge EWP

Einreicher: Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen,
FDP

Erstellungsdatum 23.05.11

Eingang 902: _____

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.06.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Durch den Gesellschafter Landeshauptstadt Potsdam bzw. den Aufsichtsrat ist mittels einer externen Prüfung zu klären, ob es weitere Verdachtsfälle der Informationsbeschaffung gegen Gesellschaften, Geschäftsführer, Mitarbeiter oder andere Personen gibt und ob dabei ggf. neben der in Rede stehenden Sicherheitsfirma weitere Detekteien für die EWP/Stadtwerke mit dem selben Zweck tätig waren. Ein Zeitplan dafür ist der SVV vorzulegen.
2. Eine Überprüfung durch die Verwaltung, wie die Vorwürfe gegen die EWP vor dem Hintergrund der Mitgliedschaft der Stadt bei Transparency International Deutschland zu bewerten sind und welche Rückschlüsse ggf. gezogen werden sollten.

gez. M. Schubert

gez. M. Schröder

gez. S. Hüneke

gez. M. Engel-Fürstberger

Fraktionsvorsitzender

Fraktionsvorsitzender

Fraktionsvorsitzende

Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Fortsetzung Beschlusstext Seite 2
Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium: _____

Sitzung am: _____

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Fortsetzung des Beschlusstextes auf Seite 2:

3. Eine Prüfung durch die Verwaltung, ob die Vorwürfe als Verstoß gegen die städtischen Leitliniengüter Unternehmensführung - insbesondere in Punkt 3.2.1 (Zusammenarbeit von Geschäftsführung und Aufsichtsrat) und 3.4.1 und 3.4.2 (Aufgaben und Informationspflicht der Geschäftsführung) - zu bewerten sind.
4. Den Oberbürgermeister mit einer Prüfung zu beauftragen, welche gesellschaftsrechtlichen Veränderungen notwendig sind, um die unternehmensinternen Kontrollen und die Kontrollmöglichkeiten der Stadtverordneten zu verbessern.
5. Die Gespräche mit Transparency International Deutschland über die transparenten Gestaltung der Sponsoringbeziehungen zwischen den städtischen Gesellschaften und Vereinen der Stadt sind zügig zu einem Ende zu führen und die notwendigen Veränderungen der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

Die Umstände, die zur Aufgabe der Geschäftsführung durch den Geschäftsführer geführt haben, müssen zum Anlass genommen werden, die Struktur der Arbeit der städtischen Gesellschaften zu überprüfen. Transparenz im wirtschaftlichen Handeln im Sinne des Gesellschafters ist notwendig.